

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/37

Bonn, den 23. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2a	Südvietnam will keine deutschen Soldaten	734

"Der große Krieg in Asien darf nicht stattfinden"

Interview mit dem Botschafter der Republik Vietnam in Bonn,

NGUYEN QIU ANH

3	Dr. Dieter Sattler	51
---	--------------------	----

Von Bonn nach Rom

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

3a	Vorräte für Notzeiten	49
----	-----------------------	----

Was man im Fall einer Katastrophe im Hause haben sollte

4 - 5	Diktatur der leeren Kassen	91
-------	----------------------------	----

Jetzt stehen die westdeutschen Gemeinden am Schuldenpranger

Von Klaus Rusticus, Hannover

+ + +

### Südvietnam will keine deutschen Soldaten

Interview mit dem Botschafter der Republik Vietnam in Bonn,  
Nguyen Qiu Anh

Botschafter Nguyen Qui Anh von Südvietnam gab in einem Interview mit unserem Korrespondenten E. E. Koch Einblick in die gegenwärtige Situation seines Landes. In einem dem Interview vorangegangenen Gespräch hob der Botschafter die wertvolle humanitäre Hilfe der Bundesrepublik für den Aufbau in der Republik Vietnam und damit auch für die Abwehr der kommunistischen Subversion und Aggression hervor. Anh stellte klar: "Der Vietkong kann jederzeit den Frieden herbeiführen, wenn er seine Aggression einstellt. Rotchina wird kaum so töricht sein, in diesen Krieg unmittelbar einzugreifen. Der große Krieg in Asien darf nicht stattfinden. Daher hat auch die Regierung von Südvietnam die Bundesregierung nicht um die Entsendung deutscher Freiwilliger als Soldaten für den Kriegsschauplatz in Vietnam gebeten. Ein Korps deutscher Soldaten würde nur zur Aufstellung einer internationalen Brigade der Kommunisten und damit wahrscheinlich zur Ausweitung des Krieges führen."

\* \* \*

Frage: Glauben Sie, Herr Botschafter, daß der Kommunismus in Vietnam durch Waffengewalt bezwungen werden kann?

Antwort: Wie Sie wissen, befinden wir uns im Kriegszustand mit dem in Südvietnam angreifenden Vietkong. Was für die Würdigung der Situation gleich wichtig erscheint: Der Vietkong handelt nach den Weisungen der kommunistischen Zentralen in Peking und Hanoi. Das Volk von Südvietnam führt daher einen unerbittlichen Kampf. Es geht für uns auf Leben und Tod! Aber wir sind von unserem Sieg überzeugt. Wir sind fest entschlossen, den Vietkong und seine Komplizen niederzuwerfen, die auf dem Boden Südvietnams illegal kämpfen. Das ist unser Ziel. Die Republik Vietnam muß der kommunistischen Subversion ein Ende bereiten. Deshalb kämpft es mit seinen eigenen tapferen Söhnen, mit Waffengewalt, unterstützt von seinen Freunden gegen die kommunistischen Aggressoren. Wir haben große Siege errungen. Man übersieht sie leicht, die Siege bei Plei-Me, Baria, Dong Thac (My Tho), Ban Bang, Ben Cat, Cau Ke, Cho Gac, Tam Ky und Long My. Die Kommunisten hatten ihre Hoffnungen auf die vergangene Monsunzeit gesetzt. Darin wurden sie getäuscht. Sie konnten ihren Kampfplan nicht durchführen. Ihnen wurde die Überlegenheit und Schlagkraft der Regierungsarmee klar.

Neben diesem militärischen Krieg gibt es die Front der psychologischen Kriegsführung. Wir müssen in der Abwehr und Niederringung des Kommunismus die Bevölkerung mit Leib und Seele für uns gewinnen. Wir müssen die Herzen der Menschen erobern. Wenn wir darin versagten, würde der militärische Sieg niemals zu erreichen sein.

Doch wir sind schon mitten in der Umgestaltung, mitten in der wirklichen sozialen Revolution. Die soziale Ungerechtigkeit, die sozialen Unzulänglichkeiten werden beseitigt. Jeder Angehörige

des Volkes der Republik Vietnam soll seiner Menschenwürde versichert sein. Wir sollen eine bessere Zukunft für alle erschliessen. Jedes Talent, jede Begabung sollen sich entfalten dürfen. So erstreben wir den Aufbau einer wahren Demokratie. Jeder Bürger der Republik Vietnam soll von dem Gedanken der nationalen Einheit durchdrungen werden. Jeder soll auch seine Staatsbürgerpflichten kennenlernen.

Frage: Wie steht es nun um den Vietkong, Herr Botschafter, wer hat ihn gegründet? Welche Rolle spielt Le Duan aus Nordvietnam in ihm?

Antwort: Wer den Vietkong richtig beurteilen will, muß sich zunächst in die Zeit des Genfer Vertrages von 1954 zurückversetzen. Damals wurde Vietnam in zwei Zonen nördlich und südlich des 17. Breitengrades geteilt. Die Behörden dieser beiden Zonen hatten sich der bindenden Verpflichtung unterworfen, innerhalb einer bestimmten Frist alle Truppen, politischen Kader, Waffen und Munitionsvorräte aus jeweils der anderen Zone abzuziehen. Jede feindliche Tätigkeit in der anderen Zone, jede Einmischung in deren innere Angelegenheiten war den Beteiligten untersagt worden. Südvietnam, obwohl seine Regierung nicht zu den Signatarstaaten des Genfer Vertragswerkes gehörte, hielt sich Punkt für Punkt an diese Bestimmungen. Anders aber die kommunistische Regierung in Hanoi. Von Anfang an beließ sie bewaffnete Streitkräfte, politische Kader und Waffendepots im Süden. Nach der Unterzeichnung des Vertrages von Genf waren kaum drei Monate vergangen, da nahmen die kommunistischen Agenten ihre Tätigkeit in Südvietnam wieder auf. Alle möglichen Terrormethoden, Mord, Entführung, Hinterhalt, sollten die Bevölkerung des Südens in die Hörigkeit Hanois zwingen. Die Kommunisten erschlossen quer durch Laos Schmuggelwege. Auf ihnen brachten sie Kader, Waffen und Munition nach Südvietnam.

1960 hatte die kommunistische Subversion einen gewissen Grad von Vollständigkeit erreicht. Die bewaffnete Erhebung war vorbereitet. Damit trat auch ein Gebilde der Kommunisten im psychologischen Krieg in Erscheinung, die "Nationale Befreiungsfront". Sie ist weder national, noch dient sie der Freiheit. Wohl aber ist sie eine Gründung der kommunistischen Lao Dong-Partei des Hanoi-Regimes und gab vor, eine Widerstandsbewegung darzustellen, zur angeblichen "Befreiung des Landes" von der rechtmäßigen Regierung und der behaupteten "US-Fremdherrschaft".

In ihrem Bericht vom 4. Juni 1962 traf die Internationale Kontrollkommission die Feststellung und brachte sie formell zum Ausdruck, daß Truppen, Waffen und Munition aus dem Norden nach Südvietnam geschickt wurden. Die offene Verletzung der Genfer Abmachungen von 1954 war eindeutig dagegen, "in der Unterstützung und Organisation feindlicher Handlungen gegen die rechtmäßige Regierung Südvietnams".

Die sogenannte Nationale Befreiungsfront erwies sich als Instrument des Aufbruchs, geschaffen von den Kommunisten Nordviet-

nams, hinter denen die Kommunisten Chinas stehen. Diese Nationale Befreiungsfront soll den Kommunismus zunächst über Südvietnam und dann über ganz Südostasien ausbreiten.

Le Duan, ist gegenwärtig Generalsekretär der kommunistischen Partei Lao Dong von Nordvietnam. Dieser Funktionär hat bei der Gründung der angeblichen Nationalen Befreiungsfront eine entscheidende Rolle gespielt. Allein schon darin zeigt sich der Charakter der "Front". Le Duan hat wegen der für sie und in ihr geleisteten Dienste bezeichnenderweise nunmehr eine Schlüsselstellung im Führungsgremium von Nordvietnam inne.

Frage: Sind Sie der Ansicht, daß die Escalation gegen Nordvietnam zum großen Krieg in Südostasien führen könnte?

Antwort: Es ist unerlässlich, daß der Nachschub aus dem Norden für den Vietkong unterbrochen wird, daß also militärisch wichtige Ziele, Ausbildungsstätten, Waffenfabriken, Depots für Kriegsmaterial und Verkehrswege vom Norden zum Süden zerstört werden. Die Bombardements erfolgen gegen genau umrissene militärische Ziele. Warum sollte daraus ein großer Krieg in Asien entstehen, da die Bombardements lediglich das Kriegspotential des Feindes schwächen? Wir sind in der Defensive. Der Krieg könnte morgen zu Ende sein, nur müßte der Vietkong seine Aggression einstellen. Auch Rotchina wird es angesichts seiner eigenen inneren Schwierigkeiten und den Rückschlägen in Afrika und Lateinamerika und weiter wegen seiner Auseinandersetzung mit der UdSSR gewiß nicht wagen, direkt in den Krieg einzugreifen. Es würde sonst die ungeheueren Kräfte der USA auf den Plan rufen und sich mit ihnen messen müssen.

\* \* \*

Botschafter Nguyen Qui Anh wies in seinem Nachwort auf die Bedeutung der Konferenz von Honolulu hin. "Südvietnam wird eine stabile, lebensfähige Wirtschaft in einer Politik der Strenge (gegen die Korruption) und mit materiallicher Hilfe des Auslands aufbauen. Das Allgemeinwohl geht allem voran. Die Bodenreform wird fortgesetzt. Bereits jetzt darf gesagt werden, daß die Politik der Landaufteilung die günstigsten Ergebnisse gezeitigt hat, daß sie bei den Pächtern, die nun Eigentümer wurden, verständliche Begeisterung auslöste, daß sie überhaupt den Glauben an die bessere Zukunft geweckt hat. Aber eine Vielfalt von Problemen ist noch zu meistern. Die Regierung muß daher die befreundeten Nationen - an erster Stelle die USA und die Bundesrepublik Deutschland - stets von neuem um noch vergrößerten Beistand bitten. Wir erwarten von der Bundesregierung weiterhin, wie schon zuvor geleistet, finanzielle, technische und wirtschaftliche Hilfe, überdies auch Hilfe für den Ausbau des Erziehungswesens und der Gesundheitspflege".

+ + +

Dr. Dieter Sattler

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Mit der Agrément-Erteilung für den neuen deutschen Botschafter beim Vatikan, Dr. Dieter Sattler, scheidet nach siebenjährigem Wirken ein Mann aus der Zentrale des Auswärtigen Amtes, der wie kein zweiter vor ihm die Bedeutung der Pflege unserer kulturellen Beziehungen zur Welt begriffen und im Rahmen des Möglichen zu nutzen verstanden hat.

Der Rahmen des Möglichen freilich war für den vitalen und musischen Bayern im Reiche Gerhard Schröders eng gesteckt. Die weltoffene Katholizität, seine aus tiefem Humanismus gespeiste Urbanität und sein jeden Formalismus und jedes inhaltlose Protokoll beiseite schiebender persönlicher Stil mußten in dem von veralteten Modellen geprägten Auswärtigen Amt häufig als Fremdkörper empfunden werden. Obwohl kaum jemand im Amt so viele wirkliche Freunde hatte wie er, gelang es dem Minister zunehmend, eine Art Cordon sanitaire um den Chef seiner Kulturabteilung zu ziehen, der in seinen letzten Amtsjahren in der Regel nur noch aus der Zeitung erfuhr, wer wo auf dieser weiten Welt vom Amt zum Kulturreferenten bestellt worden war.

Der gelehrte Architekt, spätere bayerische Staatssekretär der schönen Künste und Kulturreferent unserer römischen Botschaft hat als Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes ungeachtet des nicht existierenden Interesses seines Ministers für die ihm anvertraute Aufgabe mit der ihm eigenen Vitalität gefochten und vieles erreichen können. Es ist ihm zu danken, wenn in materieller Hinsicht die Basis geschaffen worden ist, um draußen in der Welt das Bild unseres Landes wieder an jenen geistigen und kulturellen Leistungen zu orientieren, um deren willen man uns einst geschätzt hat. Wenn diese Orientierung lange Zeit jenen Teil deutschen Geisteslebens, den man mit dem Stichwort von "Marx bis Brecht" umreißen könnte, leugnete, so lag das weniger an Sattler als an seinen Ministern von Brentano und Schröder und ebenso lautstarken wie einflußreichen "kalten Kriegern" in der CDU-Fraktion. Es ist Sattlers Verdienst, aus der Not eine Tugend gemacht und den Großteil der Pflege seiner Aufgaben aus den zwangsläufig bürokratischen Fesseln und dem Unverstand des Amtes befreit und anderen Organisationen übertragen zu haben. Daß diese nicht durchweg das erfüllen, was man von ihnen erhofft, liegt an den politischen Umständen und der in jeder Hinsicht zu beobachtenden Unzulänglichkeit von Sattlers Mitarbeiterstab.

Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen hat Dr. Dieter Sattler begriffen, daß die Vertiefung der kulturellen Beziehungen eines geteilten Landes wie Deutschland zu seiner Umwelt nicht allein in der Repräsentation deutscher Kultur besteht, sondern daß die stille und ernste Mitarbeit in europäischen und internationalen Organisationen, wie z.B. in der UNESCO, für unser Ansehen in der Welt von gleich großer Bedeutung ist. Sattler selbst hat als Person der Bundesrepublik eine unendliche Zahl von Freunden erworben. Kaum ein Deutscher konnte sich rühmen, so herzlich und freundschaftliche Beziehungen zu seinen Amtskollegen in Paris, London, Rom, Kairo und vielen anderen Hauptstädten besessen zu haben. Daß Minister Schröder dem Gespräch mit diesem Mann aus dem Wege ging, für den im Auswärtigen Amt selbst noch kein wirklicher Ersatz zu finden ist, gehört zu den Ungereimtheiten in den Beziehungen des Ministers zu vielen seiner höchsten Beamten, die sich in der Vergangenheit so spektakulär unfruchtbar für die deutsche Außenpolitik erwiesen haben.

### Vorräte für Notzeiten

---

I.S.-Die heftigen Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung haben sich gelegt. Doch wenn man auch nicht gern daran denkt, in Bonn macht man sich genaue Gedanken über häusliche Vorräte für evtl. Katastrophenfälle. Das braucht nicht gleich etwas mit Atombomben zu tun zu haben.

Natürlich muß es jedem selbst überlassen bleiben, ob er sich für den Notfall einen vierzehntägigen Vorrat oder ein ganzes Warenlager im Keller anlegt. Die Sorge um eine Notstandsverpflegung mit undefinierbarer Nahrung aus Tuben, Würfeln und Pülverchen sollte man vorläufig jedenfalls denjenigen überlassen, die auf diese Ideen gekommen sind. Es genügt, sich allmählich einen Haushaltsvorrat von lebenswichtigen Dingen anzulegen, die man auch als "Notvorrat" mit einsetzen könnte.

Mit dem Preis von DM 20,-- pro Person für einen Notvorrat von vierzehn Tagen, den die Regierung veranschlagt hat, kommen wohl nur Großhändler aus. Aber selbst dieser Betrag ist in vielen Familien nicht auf einmal verfügbar. Es ist daher empfehlenswert, sich beim täglichen Einkauf langsam aber stetig einen Grundvorrat anzuschaffen, bzw. wer schon einen hat, ihn wo es nötig ist zu ergänzen, - so reißt es nicht so spürbar ins Geld.

Einige Borte an einem trockenen, dunklen und möglichst auch kühlen und luftigen Ort sind für die Lagerung erforderlich. Nur haltbare und gut verpackte Lebensmittel kommen als Grundvorrat in Frage. Es empfiehlt sich pro Person zu rechnen: 2 kg Dauerbrot (wie Knäckebrötchen, Zwieback, Hartkeks), 1 kg Zucker, daneben Bienenhonig, Kunsthonig, Konfitüren, Schokolade; 2 kg Speisefett in Form von Öl, Plattenfett, Margarine, Butter- oder Schweineschmalz, Fleisch- und Fischvollkonserven, je 1/2 bis 1 kg, daneben Fertiggerichte, Dauerwurst oder Räucherspeck.

Alle 1 bis 1 1/2 Jahre sollte man diese Vorräte austauschen. Fast genauso lange haltbar, jedoch öfter auszutauschen sind Mehl, Teigwaren und Nahrungsmittel (wie Cornflakes oder Kartoffeltrockenpulver), je 1/2 kg, Reis und Hülsenfrüchte je 1/2 kg, Kondensmilch oder Milchpulver, 1 große Dose bzw. 1/2 kg.

Auf keinen Fall vergessen darf man das Wasser. Durst ist in Entbehrungszeiten die größte Qual. Selterwasser und Mineralbrunnen sollten einen kleinen ständigen Vorratsstock bilden, außerdem Kanister und verschließbare Behälter mit Trinkwasser. Regelmäßig muß der Wasservorrat erneuert werden, damit er genießbar bleibt. Seifen- und Reinigungsmittel sind für einen vollständigen Vorrat ebenso unerlässlich wie ein gut gefüllter Verbandkasten und die richtigen Arzneimittel, die man jetzt vielleicht schon häufiger braucht. Kerzen und Streichhölzer sollte man sowieso immer zur Hand haben, genau wie einen Campingkocher. - Bei Stromausfall, Wasserrohrbruch oder Unfällen erkennt man erst, wie wertvoll all diese Dinge plötzlich sein können, wenn der Vorrat vernünftig durchdacht ist. Unter diesem Gesichtspunkt sollte jeder für sich und die Familie vorsorgen. Er hat dabei auch die Beruhigung, gleichzeitig auch den gesetzlichen Bestimmungen gerecht zu werden.

## Diktatur der leeren Kassen

Jetzt stehen die westdeutschen Gemeinden am Schuldenpranger

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die zur Jahreswende gezogene kritische Analyse (SPD-Pressedienst P/XX/246 und P/XX/247 v. 23. u. 27. 12. 1965) war nüchterne Realität. Von den darin aufgezeigten Gefahren für die westdeutschen Gemeinden sind fast alle eingetroffen. Der Deutsche Städtetag als legitimes Sprachrohr der Städte hat jüngst wieder auf die akute Finanznot hingewiesen, der Großstädte und Kleinstgemeinden ohne Unterschied unterworfen sind und die in den ersten Wochen des neuen Jahres schon ein gespenstisches Symptom für die Gemeindeparlamente entstehen ließ: Die Diktatur der leeren Kassen, die jede kommunale Selbstverwaltungsarbeit zur Farce stempeln wird, wenn nicht bald den Gemeinden finanzielle Hilfe zuteil wird.

### In Bonn wurde die falsche Notbremse gezogen

Der Bundesfinanzminister und die Bundesbank machten angesichts der Kapitalmarktkrise des letzten Jahres den Gemeinden zum Vorwurf, sie seien von diesem im Kampf um den Geldwert allein gelassen worden. Durch überhöhte, ja, oftmals übertriebene Kreditaufnahmen hätten die Kommunen ein gerütteltes Maß Schuld an der Kapitalmarktkrise auf sich geladen und dadurch ferner für eine widernatürliche Konjunkturüberhitzung gesorgt! So lautet ein weiterer Vorwurf.

Die daraufhin gezogene Notbremse war die falsche: Schlagartig wurden Kommunaldarlehen teuer. Die Folge: Ein von den Gemeinden nicht mehr zu verkraftender höherer Schuldendienst, der selbst dann bei so mancher Kommune geklettert wäre, wenn man für 1966 nicht einen einzigen neuen Darlehensbetrag aufgenommen hätte.

### Auseinandersetzungen auf der mittleren und unteren Ebene

Mit Appellen, mit honorigen Redewendungen ist den Gemeinden nicht geholfen. Das rigorose Abdröhen des Geldhahns führte schon in den ersten Januar-Wochen zu harten Auseinandersetzungen auf der unteren und mittleren Ebene.

- \* Selbst Bundesländer, hinter denen man noch etwas mehr finanziellen Rückhalt vermutete, als z.B. das durch die lange Zonengrenze und manch andere außergewöhnliche Aufgaben beanspruchte Niedersachsen, denken an Anleihen, um ihre Haushalte auszubalancieren.
- \* Obwohl Bund und Länder noch immer mehr am steigenden Sozialprodukt beteiligt sind als die Kommunen, sind die Länderregierungen nunmehr gezwungen, auch nur die geringste Überschreitung der Verschuldungsgrenze zu verbieten. Denn die Gemeinde, der eines Tages nicht mehr der Haushaltsausgleich möglich sein könnte, müßte durch Finanzzuweisungen der Länder über Wasser gehalten werden.
- \* Die Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörden der Länder müssen zuletzt den schwarzen Peter ziehen und Gemeindeparlamenten u.U. selbst dann Darlehensermächtigung verweigern, wenn sie ihren schon beschlossenen Haushalt zur Genehmigung vorlegen.

### Zweigstellensteuer und Gewerbeertragssteuern

Diese brachten Kommunalhaushalte bereits aus dem Gleichgewicht. Sie erhöhten auch den finanzpolitischen Unsicherheitsfaktor. Nach einer

Umfrage des Deutschen Städtetags müssen allein 139 kreisfreie Städte ca. 184 Millionen DM bereits eingemommener Zweigstellensteuer, die lt. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 7. 1965 für verfassungswidrig erklärt wurde, zurückzahlen. Weitere 108 Millionen DM wären fällig, wenn auch die Zweigstellensteuer für das Kreditgewerbe als verfassungswidrig erkannt würde.

Ein Kriterium für die Kommunalhaushalte ist - vor allem haushaltsrechtlich gesehen - das sogenannte Vorab der im laufenden Rechnungsjahr zu zahlenden Gewerbeertragssteuern. Die jeweils nach dem vorausgegangenen Geschäftsjahr zu schätzende Gewerbeertragssteuer wird - unter Zugrundelegung der früheren Erfahrungswerte - als bestimmt zu erwartende "Vorableistung" eingeplant. Für diese Steuerleistung im voraus muß ein prozentualer Zahlenwert gefunden werden, der in einem gesunden Verhältnis zu dem zu erwartenden Ertrag eines Unternehmens steht.

Angesichts der reträdierenden Erscheinungen, vor allem im letzten Quartal des vergangenen Geschäftsjahres, aber ist die klare Vorausbestimmung der Vorabquote heute vielfach noch sehr unklar. Das wiederum hat zur Folge, daß Gemeinden, wie in früheren Jahren bereits, auch für 1966 z.B. ein 15 prozentiges Vorab an Gewerbeertragssteuer eingeplant haben, obwohl sie überhaupt noch keine feste Zusicherung hierfür haben.

#### Haushaltsrechtliche Experimente sind die Folge

Die praktischen Auswirkungen jener falsch gezogene Notbremse sind so vielgestaltig und variabel, daß hier nur der Versuch unternommen werden kann, die Folgeerscheinungen auf einen Nenner zu bringen:

1. Weil jedes verantwortungsbewußte Kommunalparlament lange vorher den Haushaltsvoranschlag 1966 zu beraten begann, bevor man ihm plötzlich die Kreditzufuhr sperre, muß jetzt auch so mancher Gemeindehaushalt von "hinten aufgehäumt" werden. Mit anderen Worten: Um bereits begonnene und schon eingeplante Vorhaben oder auch dringenden Nachholbedarf nicht auf Eis zu legen, muß der ordentliche Haushalt für den außerordentlichen reduziert werden.
2. Infolgedessen sind Kommunalparlamente mehr denn je einem fiskalischen Denken unterworfen. Um den Investierungshaushalt auszugleichen, muß man sogar an die Streichung freiwilliger Leistungen (z.B. auch für Sozial-, Sport- oder sonstige Verbandsarbeit) denken.
3. Angesammelte Rücklagen, die keinesfalls zu einem Polster führten, müssen zur Weiterführung laufender Vorhaben selbst dann u.U. umgeplant werden, wenn sie z.B. als ordentliche Einnahmen für den Bau eines Altenheims dienen sollten.
4. Einnahmen und Ausgaben in eine solide Relation zu bringen, die durch den Kapitalmarkt auferlegten Begrenzungen zu respektieren und schließlich Steuerbelastungen und Verschuldungen sorgfältig miteinander abzuwägen, sind heute in den allermeisten Fällen unerfüllbare Idealvorstellungen.

#### Soforthilfe ist das Gebot der Stunde

Wenn der Deutsche Städtetag schon seit langem eine Art von Soforthilfe für die westdeutschen Gemeinden fordert, weil man schließlich noch auf die Finanzreform warten muß, dann ist dies nicht nur sachlich motiviert, sondern in erster Linie heute ein Politikum. Denn noch sind die meisten Kommunalparlamente nicht gewillt, sich der Diktatur der leeren Kassen zu beugen,

Aber wie lange noch?

+ + +